

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Südkorea: Verfassungsänderung

Die regierende südkoreanische Demokratische Gerechtigkeitspartei hat am Montag den Entwurf einer Verfassungsänderung vorgelegt, der die Aufteilung der Staatspitze in ein starkes Ministerpräsidentenamt und ein eher repräsentatives Staatspräsidentenamt vorsieht. Der Präsident soll von der Nationalversammlung gewählt werden. Der Entwurf wurde einem Sonderausschuss der Nationalversammlung überwiesen, der mit der Ausarbeitung von Änderungen in der seit 1980 gültigen Verfassung beauftragt ist. Gemäss den vorgesehenen Änderungen könnten Ende nächsten Jahres Parlamentswahlen stattfinden. Präsident Chun Doo Hwan hat angekündigt, dass er mit Ablauf seiner Amtszeit im Februar 1988 aus dem Amt scheidet wird.

Stahlproduktion gesunken

Die Stahlproduktion der westlichen Industriestaaten ist im Juli gegenüber demselben Monat des Vorjahres von 35,67 Millionen auf 33,19 Millionen Tonnen gesunken. Einem am Montag vom Internationalen Eisen- und Stahlinstitut in Brüssel veröffentlichten Bericht zufolge entspricht dies einem Rückgang um 6,9 Prozent. Das stärkste Minus hatte die Europäische Gemeinschaft mit elf Prozent und einem Rückgang der Produktion von 11,16 Millionen Tonnen im Juli 1985 auf 9,96 Millionen. Innerhalb der EG waren Grossbritannien und die Bundesrepublik Spitzenreiter der Entwicklung. Weltweit verbuchten nach der EG die USA mit zehn und Japan mit 9,9 Prozent die stärksten Einbussen.



Bundesrat Dr. Kurt Furgler und Gattin Ursula wurden bei ihrer Ankunft mit dem Helikopter auf der Vaduzer Sportanlage von Regierungschef Hans Brunhart begrüsst.



Das erste offizielle Gespräch fand bei einem Empfang auf Schloss Vaduz statt. Gastgeber waren S. D. Erbprinz Hans Adam und I. D. Erbprinzessin Marie.

(Bilder: Brigitt Risch)

Wirtschaftliche Kontakte unter Nachbarn und Freunden

Bundesrat Dr. Kurt Furgler traf gestern zu seinem zweitägigen Besuch in unserem Land ein – heute Arbeitsgespräch

Zur Erörterung wirtschaftlicher Fragen und landwirtschaftlicher Probleme sowie gegenseitig interessierender Wirtschaftsentwicklungen traf gestern vormittag der schweizerische Bundesrat Dr. Kurt Furgler in Begleitung seiner Gattin Ursula und Mitarbeitern aus dem Volkswirtschaftsdepartement zu seinem zweitägigen offiziellen Besuch in unserem Land ein. Nachdem gestern ein Empfang auf Schloss Vaduz und die Besichtigung der Hoval AG auf dem Programm stand, trifft Bundesrat Furgler heute zu einem Arbeitsgespräch mit der Regierung und zu einem Meinungsaustausch mit Vertretern der Industrie- und Handelskammer zusammen.

Bundesrat Dr. Kurt Furgler landete, da es die Witterungsverhältnisse zuliesse, mit einem Helikopter auf dem Hartplatz der Sportanlage Vaduz, wo er von Regierungschef Hans Brunhart, Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille, Regierungsrat René Ritter und dem Vaduzer Bürgermeister Arthur Konrad begrüsst wurde. Der hohe Gast aus Bern gab seiner Freude Ausdruck, nach einem Flug durch Regenwolken bei Sonnenschein im Fürstentum Liechtenstein landen zu dürfen und erkundigte sich als Fussballfan gleich bei Regierungschef Brunhart und Regierungschef-Stellvertreter Wille nach dem FC Vaduz und vor allem nach dem FC Balzers.

Der erste offizielle Gespräch fand bei einem Empfang auf Schloss Vaduz statt. S. D. Erbprinz Hans Adam, I. D. Erbprinzessin Marie und S. D. Prinz Wenzel begrüsst den schweizerischen Bundesrat, der bei anderer Gelegenheit schon Gast auf Schloss Vaduz gewesen ist. Ausserdem hatten sich zu diesem Gespräch Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter und Landtagsvizepräsident Josef Büchel dazugesellt. Nach einem Mittagessen in den Räumlichkeiten des Schlosses wurden die Depots der Fürstlichen Sammlungen besichtigt, in denen sich auch die Kunstwerke befinden, die vor kurzem noch in New York ausgestellt waren. Der Direktor der Fürstlichen Sammlungen, Dr. Reinold Baumstark, führte die Gäste durch die Sammlungen, die bei Bereitstellung entsprechender Räumlichkeiten auch in der Öffentlichkeit gezeigt werden könnten.

Empfang auf Schloss Vaduz

Das erste offizielle Gespräch fand bei einem Empfang auf Schloss Vaduz statt. S. D. Erbprinz Hans Adam, I. D. Erbprinzessin Marie und S. D. Prinz Wenzel begrüsst den schweizerischen Bundesrat, der bei anderer Gelegenheit schon Gast auf Schloss Vaduz gewesen ist. Ausserdem hatten sich zu diesem Gespräch Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter und Landtagsvizepräsident Josef Büchel dazugesellt. Nach einem Mittagessen in den Räumlichkeiten des Schlosses wurden die Depots der Fürstlichen Sammlungen besichtigt, in denen sich auch die Kunstwerke befinden, die vor kurzem noch in New York ausgestellt waren. Der Direktor der Fürstlichen Sammlungen, Dr. Reinold Baumstark, führte die Gäste durch die Sammlungen, die bei Bereitstellung entsprechender Räumlichkeiten auch in der Öffentlichkeit gezeigt werden könnten.

Besichtigung Hoval und Empfang durch Schweizer Verein

Am Nachmittag folgte die Besichtigung der Firma Hoval AG und ein Empfang

von Bundesrat Furgler durch den Schweizer Verein im Fürstentum Liechtenstein. Ing. Peter Frick führte die Gäste durch den Betrieb, der heute zu den grossen Industrieunternehmen mit starker Ausrichtung auf den Export gehört. Die Betriebsbesichtigung bot die Gelegenheit zu einem Gedankenaustausch über Wirtschaftskurschwankungen für die Exportindustrie und Handelsbeschränkungen.

Bevor die Gäste im Hotel Real in Vaduz zum Abendessen, gegeben von der liechtensteinischen Regierung, eintrafen, hatte der Schweizer Verein im Hotel Schlössle einen Empfang gegeben. Der Präsident des Vereins, Hans P. Wanner, begrüsst den Bundesrat und seine Begleiter und gab seiner Freude Ausdruck, zu einem Gespräch mit dem hohen Magistraten zusammenzutreffen.

Arbeitsgespräch mit der Regierung

Während der erste Besuchstag gestern noch wenig Gelegenheit zu eingehenden Gesprächen bot, steht heute vormittag ein Arbeitsgespräch mit der Regierung auf dem Programm. Ausserdem wird Bundesrat Furgler mit Vertretern der liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer zusammentreffen. Den Abschluss des Besuchs bildet eine Besichtigung des Walsermuseums in Triesenberg sowie – wenn die Witterungsverhältnisse es zulassen – eine Fahrt nach Malbun.

In sich gehen – statt ausfahren

Autofreier Bettag am 21. September 1986 als regionale Gemeinschaftsaktion

Am Buss- und Betttag 1986, der am Sonntag, 21. September, in der Schweiz und in Liechtenstein gemeinsam begangen wird, rufen das Fürstentum Liechtenstein und die Gemeinden des Schweizer Rheintals, die zur rheintalischen Grenzgemeinschaft (RG) gehören, zum freiwilligen Verzicht auf die Benützung des privaten Motorfahrzeuges auf. Die RG-Gemeinden Vorarlbergs schliessen sich diesem Aufruf an, so dass es am 21. September 1986 erstmals einen autofreien Sonntag als regionale Gemeinschaftsaktion über zwei Landesgrenzen hinweg geben wird.

Im Rahmen der Vorbereitungen zum freiwilligen motorfahrzeugfreien Sonntag am 21. September 1986 trafen sich zum vergangenen Wochenende in Vaduz der Ressortchef für Verkehr in der Fürstlich-liechtensteinischen Regierung, Regierungsrat Wilfried Büchel sowie die Gemeindevorsteher Hans Spirig (Widnau),

Hans Leuener (Sevelen), Gemeindevorsteher Emanuel Vogt (Balzers) und der Bürgermeister Dr. Heinz Bilz (Feldkirch) und Arthur Konrad (Vaduz).

In einem gemeinsamen Arbeitsgespräch wurden die verschiedenen Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Hinblick auf die Aktion «Autofreier Betttag 1986» am 21. September erörtert.

Für Liechtenstein wird der 21. September 1986 bereits der vierte autofreie Sonntag auf freiwilliger Basis innerhalb von 15 Monaten sein. Der letzte motorfahrzeugfreie Sonntag in Liechtenstein (am 25. Mai 1986) wurde von den Vorarlberger Naturschutzvereinigungen unterstützt. Nun stehen erstmals die Gemeinden mit ihrer politischen Autorität hinter dieser Aktion. Das Motto zum freiwilligen autofreien Sonntag am 21. September lautet: «In sich gehen – statt ausfahren».



Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Hinblick auf den freiwilligen autofreien Sonntag am 21. September (Buss- und Betttag in der Schweiz und in Liechtenstein). Unser Bild von einem Arbeitsgespräch in Vaduz zeigt von links nach rechts: Gemeindevorsteher Hans Spirig (Widnau), Regierungsrat Wilfried Büchel (Ressortchef Verkehr in der Liechtensteinischen Regierung), Bürgermeister Dr. Heinz Bilz (Feldkirch), Bürgermeister Arthur Konrad (Vaduz), Gemeindevorsteher Emanuel Vogt (Balzers) und Gemeindevorsteher Hans Leuener (Sevelen).

Apéro im Sonnenhof

Nach einem kurzen Gespräch und dem Kennenlernen der Begleiter auf beiden Seiten fuhr die Wagenkolonne, begleitet von zwei weissen Motorrädern der Polizei und diskret beobachtet von Polizeichef Vinzenz Batliner zum Parkhotel «Sonnenhof», wo Bundesrat Dr. Kurt Furgler einquartiert ist. Bei einem Apéro folgten die ersten Kontaktgespräche der beiden Delegationen. Bundesrat Furgler wird bei seinem Besuch von Dr. Klaus Hug, dem Direktor des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Biga), Dr. Jakob Kellenberger, Chef des Integrationsbüros, und Walter Fust, seinem persönlichen Mitarbeiter, begleitet. Auf liechtensteinischer Seite werden die Re-

Brandt schwört SPD auf realistische Beschlüsse ein

SPD-Parteitag eröffnet – Rau soll «nach der Wende den Wechsel» herbeiführen

Nürnberg (AP) Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat die Delegierten des Nürnberger Parteitages darauf eingeschworen, mit realistischen Beschlüssen und Seite mit Kanzlerkandidat Johannes Rau in den Bundestagswahlkampf zu ziehen. Zum Auftakt des fünftägigen Kongresses in der Frankenhalle liess Brandt am Montag keinen Zweifel daran, dass die SPD vier Jahre nach dem Verlust der Bonner Regierungsmacht erneut «um die Führung in der Bundesrepublik» ringe und mit Rau «nach der Wende den Wechsel» herbeiführen wolle.

Die Sozialdemokraten müssten auf bewährtem Kurs «ein neues Kapitel» für Deutschland und Europa aufschlagen. Vieles spreche dafür, dass die Bürger bereit seien, die Sachforderungen der SPD mehrheitlich zu unterstützen. «Was wir beschliessen, müssen wir wollen. Und wir sollten nicht mehr beschliessen als das, was in Politik umzusetzen wir uns zutrauen», forderte Brandt die Delegierten auf. Auf dem Parteitag werde der Kurs bestimmt. Aufforderungen, dieses zu tun oder jenes zu lassen, seien nicht hilfreich.

Es mache keinen Sinn, «auf die Partei einzureden, als sei sie etwas anderes als man selbst», mahnte der SPD-Vorsitzende.

Fünf Monate vor der Bundestagswahl gehe es darum, «mit uns für Johannes Rau neues Vertrauen zu sammeln, damit er seine und unsere sozialdemokratische Politik umsetzen kann». Das sei die gemeinsame Aufgabe. Warnend fügte Brandt hinzu: «Böllern aus der Kulisie ist da nicht gefragt. Die Karawane zieht weiter.» Die älteste deutsche Partei sei auf die neuen Herausforderungen gründlich vorbereitet. Der bisher eingeschlagene Kurs sei richtig gewesen, und es lohne sich, an ihm festzuhalten.

Streben nach der Mehrheit

Der SPD-Vorsitzende bekräftigte, dass seine Partei am 25. Januar die Mehrheit anstrebe. Niemand dürfe den Eindruck erwecken, das gewünschte Ergebnis lasse sich anders als durch Stimmabgabe für die SPD erzielen. Brandt liess keinen Zweifel daran, dass die SPD keinen Koalitionspartner in Bonn habe. Er übersehe keineswegs, «dass bis weit in die Reihen

der anderen Parteien hinein die Frage der gemeinsamen nationalen Verantwortung gestellt wird». Ansprechpartner seien da. «Aber sie geben nicht den Ton», fügte er hinzu.

Mit Blick auf die aussen- und sicherheitspolitische Parteitagdebatte am Mittwoch warnte Brandt, «nicht in die Messer jener böswilligen Gegner zu laufen, die uns weltfremder Neigungen bezichtigen möchten». Die Mehrheit des Volkes wünsche einen aktiven deutschen Beitrag zur Sicherung des Friedens und wolle deutsche und europäische Belange so vertreten wissen, dass Atomraketen und chemische Kampfstoffe aus beiden deutschen Staaten herausgebracht würden. Ausdrücklich hob der SPD-Vorsitzende die Bedeutung eines guten Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten hervor.

Zur Lage in Südafrika sagte Brandt, wer vor dem politisch-moralischen Problem der Apartheid versage, lade Mitverantwortung für ein Blutbad auf sich. Es müsse auch wirtschaftlicher Druck angewandt werden, damit Schluss sei mit dem menschenverachtenden Regime in Pretoria.